

Studienreihe Rechtswissenschaften

Bernd Heinrich

Strafrecht Allgemeiner Teil

7., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan Koriath

Strafrecht – Allgemeiner Teil

von

Professor Dr. Bernd Heinrich

7., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

7. Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-041726-7

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-041727-4

epub: ISBN 978-3-17-041728-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Nach drei Jahren war es erforderlich, das Lehrbuch zum Strafrecht Allgemeiner Teil wieder einmal neu aufzulegen. Zwar waren umfangreiche gesetzliche Änderungen in diesem Bereich in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen (und sind auch weiterhin nicht zu erwarten), jedoch war es aufgrund der stets umfangreichen Rechtsprechung in diesem Bereich sowie infolge der immer größer werdenden Flut neuer wissenschaftlicher Publikationen geboten, das Lehrbuch auf den „neuesten Stand“ zu bringen.

Es weist inzwischen den stattlichen Umfang von mehr als 720 Seiten auf und fand auch international weitere Beachtung. So wurde nach der Übersetzung des vormals ersten Bandes des Lehrbuchs unter dem Titel „Ceza Hukuku, Genel Kısım I, 2010“ auch der ehemals zweite Band des Lehrbuchs in türkischer Sprache veröffentlicht („Ceza Hukuku, Genel Kısım II“, 2014). Weitere Übersetzungen in andere Sprachen sind angekündigt. Der bisherige Stil wurde auch in der 7. Auflage beibehalten, der sich in erster Linie daran orientiert, den Studierenden die Materie mittels einer Vielzahl kleinerer Fallbeispiele und weiterführender Hinweise nahe zu bringen. Besonderer Wert wurde dabei – wie auch bislang – darauf gelegt, im Fußnotenapparat umfassend insbesondere auf Übungsfälle (vorwiegend aus den leicht zugänglichen juristischen Ausbildungszeitschriften) zu verweisen. Studierende der Anfangssemester sollten sich durch den Umfang der Fußnoten nicht abschrecken lassen, reicht zum ersten Verständnis doch die Lektüre des Textes aus. Wer jedoch tiefer in die Materie eindringen möchte, sei es im Rahmen der Examensvorbereitung oder bei der Abfassung von Haus-, Seminar- oder Studienarbeiten, kann hier wertvolle Hinweise insbesondere auf abweichende Ansichten finden. Im Rahmen der Neubearbeitung wurde wiederum vor allem Wert darauf gelegt, die juristischen Ausbildungszeitschriften „Juristische Arbeitsblätter“ (JA), „Juristische Ausbildung“ (JURA), „Juristische Schulung“ (JuS) und die Internet-Zeitschrift „Zeitschrift für das Juristische Studium“ (ZJS) umfassend auszuwerten. Zur weiteren Konzeption, insbesondere dem Verhältnis von Standardwissen und Problemschwerpunkten, möchte ich auf das nachstehende Vorwort zur 1. Auflage verweisen.

Bedanken möchte ich mich für die vielen Zuschriften und teilweise auch kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Leserschaft, die mich einerseits dazu motiviert haben, das Lehrbuch in der bisherigen Konzeption zu erhalten, die mir aber auch andererseits wertvolle Anregungen gegeben haben. Weitere Anregungen können gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@jura.uni-tuebingen.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt auch dieses Mal meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Herrn *Nicolas van Bergen*, Frau *Kim Falke*, Frau *Cosima Hermann*, Frau *Jacqueline Schneider*, Herrn *Roman Schneider* und Frau *Priska Veith* sowie meinen studentischen Hilfskräften, Herrn *Tizian Benjowsky*, Herrn *Uwe Geis-Schroer*, Frau *Celine Oßwald*, Frau *Leoni Völker* und Frau *Maria Vrettou*. Nicht zuletzt danke ich

Vorwort

auch meiner Sekretärin, Frau *Heidrun Leibfarth*, ohne deren tatkräftige Mitarbeit die Neuauflage kaum in der zur Verfügung stehenden Zeit hätte durchgeführt werden können.

Tübingen, den 1. Juli 2022

Bernd Heinrich

Vorwort zur 1. Auflage

Die vorliegenden Lehrbücher zum Allgemeinen Teil des Strafrechts richten sich – der Konzeption der „Studienreihe Rechtswissenschaften“ entsprechend – vorwiegend an Studierende der Rechtswissenschaften. Ziel ist es dabei, sowohl den Studierenden in den Anfangssemestern einen Einblick in die dogmatischen Strukturen unseres Strafrechts zu geben als auch den Examenskandidaten und -kandidatinnen eine knappe und verlässliche Zusammenfassung der gängigen Problemschwerpunkte zu vermitteln. Diese „Zweispurigkeit“ durchzieht beide Lehrbücher. So können sich diejenigen, die erstmalig mit der Materie konfrontiert sind, einen Überblick über die Grundlagen des Strafrechts und den Aufbau der Straftat verschaffen. Dabei werden in Band I die Grundformen des vorsätzlichen und versuchten Begehungsdelikts behandelt und auf der Grundlage des klassischen dreigliedrigen Aufbaus (Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld) erläutert. Daran anschließend widmet sich Band II den besonderen Erscheinungsformen der Straftat, den Unterlassungs- und Fahrlässigkeitsdelikten sowie der Irrtums-, der Beteiligungs- und der Konkurrenzlehre. Von der didaktischen Konzeption her wird insoweit Neuland betreten, als die im Text „abstrakt“ behandelten Themen anhand einer Vielzahl von kleineren Beispielfällen, die in den Text eingestreut wurden, verständlich gemacht werden sollen. Dabei können verschiedene Fallkonstellationen durchaus an mehreren Stellen auftauchen und unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden, wodurch auch ein gewisser Wiederholungseffekt erzeugt wird. Praktische Hinweise für die Klausurbearbeitung („Klausurtipps“) sollen darüber hinaus die Behandlung des Problems im juristischen Gutachten erleichtern. Bei den (weiterführenden) Nachweisen in den Fußnoten wurde darauf geachtet, neben der Rechtsprechung und den gängigen Lehrbüchern und Kommentaren vorwiegend Beiträge aus juristischen Ausbildungszeitschriften (JA, JURA, JuS) heranzuziehen und dabei insbesondere auch auf Übungsfälle hinzuweisen, die die behandelte Materie im Fallaufbau behandeln. Umfangreich dargestellt und herausgehoben sind ferner insgesamt 41 Problemschwerpunkte, anhand derer klassische Theorienstreitigkeiten aufgearbeitet und erörtert werden. Hier findet eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Dogmatik des Strafrechts statt, die von denjenigen, die sich erstmalig mit Strafrecht befassen, zwar interessiert gelesen werden kann, aber noch nicht auf Anhieb „verstanden“ werden muss. Fortgeschrittenen hingegen sollen diese Problemschwerpunkte dazu dienen, sich im Wege eines kurzen „Repetitoriums“ nochmals die examensrelevanten Punkte zu verdeutlichen. Hierzu sollen auch die Zusammenstellungen am Ende des Bandes II, insbesondere der hier abgedruckte „Definitionenkalender“ dienen. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Studierenden die vorliegenden Lehrbücher zu jeder Phase des Studiums gewinnbringend nutzen können.

Da die Qualität eines Lehrbuchs auch von den kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Lesenden wesentlich mitgeprägt wird, sind Lob und Tadel sowie Fehler-

Vorwort zur 1. Auflage

meldungen und weiterführende Hinweise jeglicher Art stets willkommen. Zu diesem Zweck habe ich auf meiner Web-Seite ein „Leserforum Lehrbuch“ eingerichtet. Eine Beteiligung hieran ist ausdrücklich erwünscht. Sie erreichen es unter der Adresse: www.rewi.hu-berlin.de/jura/ls/hnr – Anregungen können aber auch gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@rewi.hu-berlin.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Herrn *Tobias Reinbacher*, Frau *Dr. Christiane Freund*, LL. M., Herrn *Michael Zickler* LL. M., Frau *Nadia Schoedon* und Herrn *Martin Piazena*. Ihre intensive Mitarbeit und ihre Anregungen haben wesentlich zum Gelingen der vorliegenden Lehrbücher beigetragen. Allen voran möchte ich jedoch meiner Frau *Denise* danken, die das Werk von seiner Entstehung an mitbegleitet hat.

Berlin, den 1. Oktober 2005

Bernd Heinrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Literaturübersicht	XXXII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Teil I: Einleitung	1
§ 1 Stellung des Strafrechts in unserem Rechtssystem	1
I. Grundlagen	1
II. Die Aufgabe des Strafrechts: Rechtsgüterschutz	2
§ 2 Sinn und Zweck von Strafe: Die Straftheorien	6
I. Absolute Straftheorien	6
II. Relative Straftheorien	7
1. Generalprävention	7
2. Spezialprävention	8
III. Vereinigungstheorien	8
§ 3 Strafrecht und Verfassungsrecht	9
I. Grundsatz „nulla poena sine lege“	10
1. Unzulässigkeit von Gewohnheitsrecht (nulla poena sine lege scripta)	11
2. Bestimmtheitsgrundsatz (nulla poena sine lege certa)	11
3. Rückwirkungsverbot (nulla poena sine lege praevia)	13
4. Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta)	15
II. Anspruch auf rechtliches Gehör	16
III. Verbot der Doppelbestrafung wegen derselben Tat	16
IV. Schuldprinzip	17
V. Grundsatz „in dubio pro reo“	17
§ 4 Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten	17
I. Strafrecht und Strafprozessrecht	17
II. Strafrecht und Disziplinarrecht	19
III. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	20
IV. Einfluss des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts auf das Strafrecht	21

Inhaltsverzeichnis

§ 5	Überblick über die Regelungsmaterien des StGB.	22
§ 6	Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	23
I.	Grundlagen	24
II.	Anknüpfungspunkt des Begehungsortes der Tat	26
III.	Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Täters	28
IV.	Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Opfers	30
V.	Anknüpfungspunkt des Schutzes bestimmter inländischer Rechtsgüter	30
1.	Staatsschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von über- individuellen Rechtsgütern	30
2.	Individualschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von Individualrechtsgütern	31
VI.	Anknüpfungspunkt der Interessen von universaler, die Welt- rechtsgemeinschaft betreffender Bedeutung	31
VII.	Anknüpfungspunkt der stellvertretenden Rechtspflege	32
VIII.	Einschränkung des persönlichen Geltungsbereiches	33
IX.	Exkurs: Völkerstrafrecht	33
X.	Exkurs: Europäisches Strafrecht	34
§ 7	Straftataufbau und Systementwürfe.	35
I.	Trennung von Straftatbestand und Rechtsfolge.	35
II.	Unterscheidung von Tatbestand und Sachverhalt	36
III.	Elemente der Straftat	37
IV.	Stellung des Vorsatzes als Ausgangspunkt verschiedener Straftheorien	39
1.	Der klassische („kausale“) Verbrechensaufbau	39
2.	Der neoklassische Verbrechensaufbau und die moderne Lehre	41
3.	Der finale Verbrechensaufbau	41
4.	Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	42
Teil II:	Der Tatbestand	44
§ 8	Tatbestand – Überblick und Deliktsarten.	44
I.	Grundlagen	44
II.	Aufbau des Tatbestandes.	45
1.	Aufteilung in Tatbestandsmerkmale	46
2.	Definition.	47
3.	Subsumtion	48
4.	Konklusion.	48
III.	Arten von Tatbestandsmerkmalen	48
1.	Geschriebene und ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	48
2.	Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	49
3.	Tatbezogene und täterbezogene Merkmale	50
4.	Objektive und subjektive Tatbestandsmerkmale	50
5.	Exkurs: Objektive Strafbarkeitsbedingungen	51

6. Exkurs: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal	52
IV. Auslegung von Tatbestandsmerkmalen.	52
1. Abgrenzung von Auslegung und Analogie	52
2. Grundsätze der Auslegung.	54
a) Grammatikalische Auslegung	54
b) Historische Auslegung	54
c) Systematische Auslegung	55
d) Teleologische Auslegung.	55
V. Überblick über verschiedene strafrechtliche Grundbegriffe	55
1. Verbrechen und Vergehen	56
2. Erfolgsunwert, Handlungsunwert, Gesinnungsunwert	56
VI. Überblick über verschiedene Deliktsarten	57
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	57
2. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	58
3. Zustands- und Dauerdelikte	59
4. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	60
5. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	61
6. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	62
7. Sonstige Deliktsarten.	64
§ 9 Die menschliche Handlung	65
I. Grundlagen	65
II. Handlungsformen: Tun und Unterlassen	66
III. Abgrenzung von Handlung, Kausalität, Vorsatz und Schuld	66
IV. Anforderungen an die menschliche Handlung	67
1. Vorliegen eines menschlichen Verhaltens	68
2. Anknüpfung an ein konkretes Verhalten.	68
3. Außenbezug	69
4. Subjektives Element	69
V. Problemkreise	71
1. „Natürlicher“ Wille bei Schuldunfähigen	71
2. Automatisierte Verhaltensweisen.	71
3. „Sozialerheblichkeit“ der Handlung	72
VI. Funktion des Handlungsbegriffs und Standort der Prüfung (Zusammenfassung)	73
§ 10 Kausalität	74
I. Grundlagen	74
II. Kausalitätstheorien	76
1. Einführung.	76
2. Kausalitätstheorien (Problemschwerpunkt 1).	77
III. Formen der Kausalität	81
1. Alternative Kausalität („Mehrfachkausalität“, „Doppel- kausalität“)	81
2. Kumulative Kausalität	82
3. Hypothetische Kausalität	82

Inhaltsverzeichnis

4. Abgebrochene Kausalität (überholende Kausalität)	84
5. Kausalität bei Gremienentscheidungen	85
§ 11 Objektive Zurechnung.	86
I. Grundlagen	87
II. Inhalt der Lehre von der objektiven Zurechnung	89
III. Fallgruppen, in denen kein rechtlich missbilligtes Risiko geschaffen wird	89
1. Erlaubtes Risiko	89
2. Risikoverringerung	91
IV. Fallgruppen, in denen sich das Risiko nicht im konkreten Erfolg verwirklicht	93
1. Atypische Kausalverläufe	93
2. Schutzzweck der Norm	94
3. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	95
4. Freiverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung des Opfers	95
5. Eigenverantwortliches Dazwischentreten eines Dritten	96
§ 12 Subjektiver Tatbestand.	98
I. Grundlagen	99
II. Vorsatz und Fahrlässigkeit	100
III. Der Begriff des Vorsatzes	101
1. Vorsatz als Wissen und Wollen der Tatbestands- verwirklichung	101
2. Das Wissenselement (der kognitive Bereich)	103
3. Das Wollenselement (der voluntative Bereich)	104
IV. Arten des Vorsatzes	105
1. Wissentlichkeit	106
2. Absicht	107
3. Bedingter Vorsatz	108
V. Besondere Erscheinungsformen des Vorsatzes	108
1. Dolus generalis	109
2. Dolus subsequens	109
3. Dolus antecedens	110
4. Dolus alternativus	111
VI. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	112
1. Einführung	112
2. Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit (Problemschwerpunkt 2)	113
VII. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Tötungsdelikten	116
Teil III: Die Rechtswidrigkeit	120
§ 13 Rechtswidrigkeit – Einführung und Systematik.	120
I. Grundlagen	120
1. Prüfungsaufbau	120

2. Strafrechtliche und zivilrechtliche Rechtswidrigkeit	120
3. Tatbestandsbezogenheit	121
4. Indizwirkung	121
5. „Offene“ Tatbestände	122
II. Abgrenzung von Rechtswidrigkeit und Schuld	123
III. Sonderproblem: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal	125
IV. Struktur der Rechtfertigungsgründe	126
1. Trennung von objektiven und subjektiven Merkmalen	126
2. Objektive Rechtfertigungsmerkmale	126
3. Subjektive Rechtfertigungsmerkmale	127
4. Kein abgeschlossener Katalog von Rechtfertigungsgründen	128
5. In dubio pro reo	128
6. Prüfungsreihenfolge	129
§ 14 Notwehr, § 32 StGB	130
I. Grundlagen	131
II. Prüfungsschema	133
1. Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notwehrlage)	134
a) Angriff	134
b) Gegenwärtigkeit des Angriffs	137
c) Rechtswidrigkeit des Angriffs	141
2. Rechtmäßigkeit der Notwehrhandlung	143
a) Geeignetheit	144
b) Erforderlichkeit	144
c) Gebotenheit	148
aa) Fallgruppe 1: Vorliegen eines krassen Miss- verhältnisses	150
bb) Verbietet Art. 2 EMRK die Tötung von Menschen zum Schutz von Sachwerten? (Problem- schwerpunkt 3)	151
cc) Fallgruppe 2: Provokation des Angriffs (insbesondere Absichtsprovokation)	155
dd) Absichtsprovokation (Problemschwerpunkt 4)	155
ee) Fallgruppe 3: Selbstverschuldet herbeigeführte Angriffe	158
ff) Fallgruppe 4: Garantenstellung zum Angreifer	161
gg) Fallgruppe 5: Schuldlos handelnder Angreifer	162
hh) Fallgruppe 6: Angriffe von ersichtlich Irrenden	163
3. Verteidigungswille (subjektives Rechtfertigungsmerkmal)	164
a) Erforderlichkeit und Reichweite des subjektiven Recht- fertigungsmerkmals (Problemschwerpunkt 5)	164
b) Folgeproblem: Rechtsfolge des Fehlens des subjektiven Rechtfertigungselements	167
III. Sonderprobleme	168
1. Notwehrrüberschreitung (Exzess)	168
2. Putativnotwehr	168

3.	Notwehrrecht von Hoheitsträgern: Geltung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe, insbesondere § 32 StGB, auch für sich im Dienst befindende Hoheitsträger (Problemschwerpunkt 6)	169
§ 15	Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	172
I.	Grundlagen	172
II.	Prüfungsschema	174
1.	Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notstandslage)	174
a)	Gefahr	174
b)	Gegenwärtigkeit der Gefahr	177
c)	Rechtswidrigkeit der Gefahr	179
2.	Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung	179
a)	Geeignetheit	179
b)	Erforderlichkeit (die Gefahr darf nicht anders abwendbar sein)	180
c)	Interessenabwägung	181
d)	Angemessenheitsklausel	185
3.	Gefahrabwendungswille (subjektives Rechtfertigungselement)	187
a)	Kenntnis der Notstandslage	187
b)	Wissen, dass die Handlung der Gefahrabwendung dient.	188
c)	Gefahrabwendungswille	188
d)	Rechtsfolge	188
III.	Typische Anwendungsfälle	188
1.	Hausfriedensbruch	188
2.	Verletzung von Allgemeinrechtsgütern	189
3.	Nötigungsnotstand	189
§ 16	Sonstige Rechtfertigungsgründe	190
I.	Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	190
1.	Einverständnis.	191
a)	Abgrenzung von Einverständnis und Einwilligung	191
b)	Voraussetzungen für das Vorliegen eines Einverständnisses	193
c)	Irrtumsfragen.	194
2.	Einwilligung.	195
a)	Grundlagen	195
b)	Voraussetzungen für das Vorliegen einer Einwilligung	195
c)	Irrtumsfragen.	198
d)	Einwilligung durch Minderjährige (Problemschwerpunkt 7)	199
e)	Täuschungsbedingte Einwilligung (Problemschwerpunkt 8)	201
f)	Sonderproblem: medizinische Aufklärungspflicht.	203
g)	Einwilligung bei Fahrlässigkeitsdelikten.	203
3.	Mutmaßliche Einwilligung	204
a)	Grundlagen	204

b)	Allgemeine Voraussetzungen für das Vorliegen einer mutmaßlichen Einwilligung	205
c)	Fallgruppe 1: Handeln im materiellen Interesse des Betroffenen	205
d)	Fallgruppe 2: Handlung, die kein schutzwürdiges Interesse des Rechtsgutsträgers berührt	207
4.	Hypothetische Einwilligung	208
II.	Zivilrechtliche Rechtfertigungsgründe	210
1.	Zivilrechtliche Notwehr, § 227 BGB	211
2.	Defensivnotstand, § 228 BGB	211
a)	Grundlagen	211
b)	Prüfungsschema	212
3.	Aggressivnotstand, § 904 BGB	213
a)	Grundlagen	213
b)	Prüfungsschema	214
4.	Allgemeines Selbsthilferecht, § 229 BGB	216
a)	Grundlagen	216
b)	Prüfungsschema	217
5.	Besitzkehr, § 859 Abs. 2 BGB	217
6.	Besondere Selbsthilferechte	217
III.	Öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe	217
1.	Allgemeines Festnahmerecht, § 127 StPO	218
a)	Grundlagen	218
b)	Prüfungsschema	218
aa)	Festnahmelage	218
bb)	Rechtmäßigkeit der Festnahmehandlung	219
cc)	Subjektives Rechtfertigungselement (Festnahmewille).	220
c)	Reicht ein dringender Tatverdacht für § 127 Abs. 1 StPO aus oder muss die Tat tatsächlich begangen worden sein? (Problemschwerpunkt 9).	220
2.	Sonstige öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe	223
IV.	Weitere Rechtfertigungsgründe	225
1.	Rechtfertigende Pflichtenkollision	225
2.	Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	228
3.	Erlaubtes Risiko	229
4.	Sozialadäquanz	229
5.	Züchtigungsrecht	230
Teil IV:	Die Schuld	232
§ 17	Schuld – Einführung und Systematik	232
I.	Grundlagen	232
II.	Schuldprinzip	232
1.	Einführung	232
2.	Inhalt des Schuldprinzips	233
III.	Gegenstand des Schuldvorwurfs	234
IV.	Inhalt des Schuldvorwurfs	234

Inhaltsverzeichnis

V.	Prüfungsaufbau und Prüfungsumfang	235
1.	Schuldfähigkeit	235
a)	§ 19 StGB	236
b)	§ 20 StGB	236
c)	§ 21 StGB	238
2.	Spezielle Schuldmerkmale	239
3.	Unrechtsbewusstsein	239
a)	Grundlagen	239
b)	Unrechtsbewusstsein als selbstständiges Schuldelement. . .	240
c)	Aktuelles und potentielles Unrechtsbewusstsein	241
d)	Tatbestandsbezogenheit des Unrechtsbewusstseins	242
4.	Schuldform.	242
a)	Vorsatzdelikt	243
b)	Fahrlässigkeitsdelikt	243
5.	Fehlen von Entschuldigungsgründen	244
§ 18	Entschuldigungsgründe	244
I.	Grundlagen	244
II.	Entschuldigender Notstand, § 35 StGB	245
1.	Vorliegen einer Notstandslage	246
a)	Gefahr für ein bestimmtes Rechtsgut.	246
b)	Gefahr für eine bestimmte Person.	246
c)	Gegenwärtigkeit der Gefahr	247
2.	Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung	247
a)	Geeignetheit	247
b)	Erforderlichkeit: Die Gefahr darf nicht anders abwendbar sein	247
c)	Verhältnismäßigkeit	248
d)	Besondere Hinnahmepflichten, § 35 Abs. 1 Satz 2 StGB . .	248
aa)	Selbstverursachung der Gefahr	249
bb)	Bestehen eines besonderen Rechtsverhältnisses.	250
cc)	Gesetzliche Duldungspflichten	251
3.	Handeln aufgrund eines besonderen Motivationsdruckes (subjektives Element).	251
4.	Sonderfall: Nötigungsnotstand	252
III.	Notwehrexzess, § 33 StGB	252
1.	Intensiver und extensiver Exzess	252
2.	Anwendbarkeit des § 33 StGB beim extensiven Notwehr- exzess (Problemschwerpunkt 10)	254
3.	Vorliegen eines asthenischen Affektes: Verwirrung, Furcht oder Schrecken	255
4.	Kein Erfordernis eines zusätzlichen subjektiven Merkmals . . .	256
5.	Einschränkungen	257
6.	Putativnotwehrexzess.	257
IV.	Handeln aufgrund eines für verbindlich gehaltenen dienstlichen Befehls.	258
V.	Übergesetzliche Entschuldigungsgründe.	259

§ 19	Actio libera in causa	260
	I. Einführung in die Problematik	261
	II. Geltungsumfang und Begründung der actio libera in causa (Problemschwerpunkt 11)	262
	III. Formen der actio libera in causa	267
	1. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und handelt mit Vorsatz bzgl. der späteren Tat	267
	2. Der Täter berauscht sich fahrlässig und hat Vorsatz bzgl. der späteren Tat	269
	3. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und handelt bzgl. der späteren Tat fahrlässig	269
	4. Der Täter berauscht sich fahrlässig und handelt auch bzgl. der späteren Tat fahrlässig	270
Teil V:	Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	271
§ 20	Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	271
	I. Grundlagen	271
	II. Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe	271
	1. Persönliche Strafausschließungsgründe	271
	2. Persönliche Strafaufhebungsgründe	273
	III. Strafverfolgungsvoraussetzungen und Strafverfolgungshindernisse	273
	1. Strafverfolgungsvoraussetzungen	273
	2. Strafverfolgungshindernisse	274
	3. Absehen von Strafe	274
Teil VI:	Das Versuchsdelikt	275
§ 21	Das Versuchsdelikt – Übersicht und Deliktsaufbau	275
	I. Grundsätzlicher Überblick zum Einstieg	275
	1. Strafgrund des Versuchs	275
	a) Subjektive Versuchstheorie	276
	b) Objektive Versuchstheorie	276
	c) Gemischt subjektiv-objektive Versuchstheorie	277
	2. Strafbarkeit des Versuchs	277
	3. Rechtsfolgen	280
	4. Grundlagen des Versuchsaufbaus	280
	II. Der Aufbau des Versuchsdelikts im Einzelnen	281
	1. Vorprüfung	282
	a) Nichtvollendung der Tat	282
	b) Strafbarkeit des Versuchs	283
	2. Tatentschluss	283
	a) Vorstellungsbild des Täters	284
	b) Subsumtion	285
	c) Besondere subjektive Merkmale	286
	3. Besonderheiten im Rahmen des Tatentschlusses	286
	4. Häufige Fehler bei der Prüfung des Tatentschlusses	287
	5. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	288

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Formen des Versuchs	288
I. Der untaugliche Versuch.	289
1. Definition.	289
a) Untauglichkeit des Tatobjekts	289
b) Untauglichkeit des Tatmittels	289
c) Untauglichkeit des Tatsubjekts	290
2. Rechtsfolge.	291
II. Der grob unverständige Versuch, § 23 Abs. 3 StGB	291
1. Definition.	291
2. Rechtsfolge.	293
III. Der abergläubische Versuch	293
1. Definition.	293
2. Rechtsfolge.	293
IV. Das Wahndelikt	294
1. Definition.	294
2. Rechtsfolge.	295
V. Der erfolgsqualifizierte Versuch.	296
1. Grundlagen	296
2. Versuch einer Erfolgsqualifikation	297
a) Das Grunddelikt wird verwirklicht, die schwere Folge nicht.	297
b) Weder das Grunddelikt noch die schwere Folge werden verwirklicht.	297
c) Rechtliche Behandlung.	297
3. Erfolgsqualifizierter Versuch.	298
a) Definition	298
b) Rechtliche Behandlung des erfolgsqualifizierten Versuchs (Problemschwerpunkt 12).	299
§ 23 Unmittelbares Ansetzen.	302
I. Zeitliche Stufen der Deliktsbegehung	303
1. (Innerer) Tatentschluss.	303
2. Vorbereitungshandlungen	303
3. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung.	304
4. Vollendung.	305
a) Vollendung	305
b) Exkurs: Tätige Reue	306
c) Exkurs: Unternehmensdelikte	307
5. Beendigung	307
6. Abschließender Hinweis	310
II. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	310
1. Unmittelbares Ansetzen des Alleintäters	311
a) Subjektives Element	311
b) Objektives Element	312
c) Einzelfälle	314
aa) Mehrere Delikte.	314

bb) Zusammengesetzte Delikte	315
cc) Ansetzen zu einer Qualifikation	315
dd) Versuch eines besonders schweren Falles	316
ee) Unbeendeter Versuch – Beendeter Versuch.	318
2. Unmittelbares Ansetzen bei Mittäterschaft (Problemschwerpunkt 13)	320
3. Unmittelbares Ansetzen beim vermeintlichen Mittäter (Problemschwerpunkt 14)	322
4. Unmittelbares Ansetzen bei mittelbarer Täterschaft (Problemschwerpunkt 15)	323
5. Unmittelbares Ansetzen beim Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 16)	326
§ 24 Rücktritt vom Versuch.	328
I. Grundlagen und rechtsdogmatische Einordnung	329
1. Kriminalpolitische Theorie	331
2. Verdienstlichkeitstheorie (oder auch Prämiientheorie oder Gnadentheorie).	331
3. Strafzwecktheorie	331
II. Verschiedene Versuchsformen und ihre Relevanz für einen Rücktritt	332
1. Misslungener Rücktritt	332
2. Fehlgeschlagener Versuch.	334
3. Unbeendeter Versuch.	337
4. Beendeter Versuch.	338
III. Die verschiedenen Rücktrittsvarianten des § 24 StGB	339
1. Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1 StGB.	341
a) Rücktritt vom unbeendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. StGB	341
b) Rücktritt vom beendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. StGB	342
c) Rücktritt vom (unerkannt) untauglichen oder fehlgeschlagenen Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 2 StGB	343
2. Rücktritt bei mehreren Beteiligten, § 24 Abs. 2 StGB.	345
a) Verhinderung der Tatvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 1 StGB.	346
b) Verhinderungsbemühungen bei Nichtvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 2, 1. Alt. StGB.	347
c) Beseitigung des eigenen Tatbeitrages, § 24 Abs. 2 Satz 2, 2. Alt. StGB	347
3. Gemeinsame Voraussetzung aller Rücktrittsvarianten: Freiwilligkeit.	349
IV. Rücktritt vom Versuch des Unterlassungsdelikts	351
V. Spezielle Abgrenzungsprobleme (für Fortgeschrittene)	353
1. Rücktritt nach fehlgeschlagenem Einzelakt, wenn die Tatvollendung weiterhin möglich bleibt (Problemschwerpunkt 17)	353

- 2. Möglichkeit der Korrektur des Rücktrittshorizonts, wenn der Täter nach Ausführung seiner letzten Handlung erkennt, dass seine ursprüngliche Einschätzung unzutreffend war (Ergänzung des Problemschwerpunktes 17) 358
- 3. Möglichkeit des Rücktritts, wenn der Täter lediglich mit bedingtem Vorsatz handelte und in erster Linie einen anderen Zweck verfolgte, den er auch erreicht hat (Problemschwerpunkt 18) 360
- 4. Möglichkeit des Rücktritts bei nur vorläufiger Abnahme von der Tat (Problemschwerpunkt 19) 363
- 5. Möglichkeit des Rücktritts vom erfolgsqualifizierten Versuch nach Eintritt der schweren Folge (Problemschwerpunkt 20) 365
- 6. Konkrete Anforderungen an die Verhinderung der Vollendung beim Rücktritt (Problemschwerpunkt 21) 367

Teil VII: Das Unterlassungsdelikt. 370

§ 25 Das Unterlassungsdelikt – Übersicht 370

- I. Grundlagen 370
 - 1. Struktur des Unterlassungsdelikts 370
 - 2. Strafbarkeit des Unterlassens 371
 - 3. Echte und unechte Unterlassungsdelikte 372
- II. Abgrenzung von aktivem Tun und Unterlassen 374
 - 1. Grundsatz. 374
 - 2. Mehrdeutige Verhaltensweisen 374
 - a) Zeitliches Zusammenfallen von Tun und Unterlassen. 376
 - b) Zeitliches Auseinanderfallen von Tun und Unterlassen. 376
 - c) Sonderproblem: Arztstrafrecht/Sterbehilfe 377
 - d) Sonderproblem: Abbruch von Rettungsbemühungen 379
- III. Weitere Sonderprobleme (für Fortgeschrittene). 381
 - 1. Omissio libera in causa 381
 - 2. Strafbarkeit des untauglichen Versuchs eines unechten Unterlassungsdelikts 382
 - 3. Fakultative Strafmilderung nach § 13 Abs. 2 StGB bei echten Unterlassungsdelikten 383
 - 4. Erfolgsqualifiziertes Delikt durch Unterlassen 383
- IV. Möglichkeit der Beteiligung eines Nichtgaranten an einem fremden Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 22) 385

§ 26 Aufbau des Unterlassungsdelikts 386

- I. Prüfungsaufbau des (unechten) Unterlassungsdelikts im Überblick 387
- II. Prüfungsaufbau im Einzelnen 388
 - 1. Objektiver Tatbestand 388
 - a) Handlung 388
 - b) Tatbestandsmäßigkeit des Verhaltens 388
 - aa) Erfolgseintritt (bei Erfolgsdelikten) 389
 - bb) Kausalität (bei Erfolgsdelikten) 389

cc) Objektive Zurechnung (bei Erfolgsdelikten)	391
c) Garantenpflicht	392
d) Nichtvornahme der gebotenen Handlung	392
e) Möglichkeit der Vornahme der gebotenen Handlung	393
f) Erforderlichkeit der Handlung	395
g) Zumutbarkeit	395
h) Entsprechungsklausel, § 13 StGB	397
2. Subjektiver Tatbestand	398
a) Vorsatz bzgl. sämtlicher objektiver Tatbestandsmerkmale	398
b) Tatbestandsspezifische subjektive Merkmale	399
3. Rechtswidrigkeit	399
4. Schuld	399
§ 27 Garantenpflichten	400
I. Grundlagen – Unterscheidung von Garantenstellung und Garantenpflicht	401
1. Garantenstellung	401
2. Garantenpflicht	401
II. Einteilung der Garantenpflichten	402
1. Schutzpflichten	403
2. Überwachungspflichten	403
III. Die einzelnen Schutzpflichten (Obhuts- oder Beschützer- garanten)	404
1. Natürliche (familiäre) Verbundenheit	404
2. Enge Gemeinschaftsbeziehung	406
a) Lebensgemeinschaften	407
b) Gefahrgemeinschaften	407
3. Freiwillige (tatsächliche) Übernahme von Schutz- oder Beistandspflichten	408
a) Vertrag	409
b) Vertragsähnliches Verhältnis	410
c) Faktische Übernahme	411
4. Stellung als Amtsträger oder als Organ einer juristischen Person	412
a) Amtsträger	412
b) Organe juristischer Personen	414
IV. Die einzelnen Überwachungspflichten (Sicherungs- oder Überwachungsgaranten)	414
1. Vorangegangenes pflichtwidriges Verhalten (Ingerenz)	415
a) Einführung	415
b) Ingerenz bei lediglich allgemein gefahrschaffendem bzw. gerechtfertigtem Vorverhalten ohne Pflichtwidrigkeit (Problemschwerpunkt 23)	419
2. Pflicht zur Überwachung von Gefahrenquellen	422
3. Inverkehrbringen gefährlicher Produkte	425
4. Beaufsichtigungspflichten	427
V. Garantenstellung als besonderes persönliches Merkmal	428

Teil VIII: Das Fahrlässigkeitsdelikt	430
§ 28 Das Fahrlässigkeitsdelikt – Übersicht und Deliktsaufbau	430
I. Grundlagen	430
II. Bedeutung und historische Entwicklung	431
1. Bedeutung der Fahrlässigkeitsdelikte.	432
2. Elemente des Fahrlässigkeitsdelikts in ihrer historischen Entwicklung (für Fortgeschrittene).	432
a) Klassische kausale Lehre (Lehre vom Erfolgswert).	432
b) Neo-klassische Lehre	433
c) Moderne Lehren	434
III. Grundsätzliches zu den Fahrlässigkeitsdelikten	435
1. Strafbarkeit des Fahrlässigkeitsdelikts	435
2. Definition der Fahrlässigkeit	436
3. Fahrlässiges Unterlassen.	436
4. Kein fahrlässiger Versuch	436
5. Keine Teilnahme an einem Fahrlässigkeitsdelikt	437
6. Keine fahrlässige Teilnahme	438
7. Sonderproblem: fahrlässige Mittäterschaft.	438
8. Formen der Fahrlässigkeit	440
9. Unterscheidung von einfacher Fahrlässigkeit und Leicht- fertigkeit.	441
IV. Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts.	442
1. Tatbestand	442
a) Handlung	442
b) Erfolg	442
c) Kausalität	442
d) Sorgfaltspflichtverletzung	443
e) Objektive Zurechnung	443
aa) Pflichtwidrigkeitszusammenhang	443
bb) Objektive Vorhersehbarkeit.	443
cc) Objektive Vermeidbarkeit	445
dd) Sonstige Merkmale der objektiven Zurechnung	445
f) Subjektiver Tatbestand	445
2. Rechtswidrigkeit	446
3. Schuld	447
V. Objektive Sorgfaltspflichtverletzung.	449
1. Bestimmung der Sorgfaltspflicht	450
2. Begrenzung der Sorgfaltspflichten	451
3. Feststellung des Sorgfaltspflichtverstoßes.	453
4. Exkurs: Sonderwissen; besondere Fähigkeiten	453
5. Sonderproblem: gerechtfertigtes Verhalten	454
VI. Problemschwerpunkte im Rahmen der objektiven Zurechnung.	455
1. Rechtmäßiges Alternativverhalten bei Fahrlässigkeitsdelikten (Pflichtwidrigkeitszusammenhang) (Problemschwerpunkt 24)	455

2. Schutzzweck der Norm	457
3. Freiverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung des Opfers	459
4. Dazwischentreten eines vorsätzlich und schuldhaft handelnden Dritten (Problemschwerpunkt 25)	464
5. Fahrlässiges Verhalten anderer Personen	466
VII. Problematik der Übernahmefahrlässigkeit	467
VIII. Sonderformen: Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	468
Teil IX: Der Irrtum	470
§ 29 Die Irrtumslehre – Übersicht	470
I. Grundlagen	470
II. Irrtümer auf den verschiedenen Ebenen des Deliktsaufbaus	470
III. Irrtum über tatsächliche Umstände oder über die rechtliche Bewertung	471
1. Irrtum über tatsächliche Umstände	471
2. Irrtum über die rechtliche Bewertung	472
3. Bedeutung dieser Unterscheidung	474
IV. Irrtum zu Lasten und zugunsten des Täters	475
§ 30 Irrtümer auf Tatbestandsebene	476
I. Grundlagen	477
II. Tatbestandsirrtum (§ 16 StGB)	478
1. Grundform	478
2. Sonderformen	479
a) Subsumtionsirrtum	479
b) Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale (für Fortge- schrittene)	480
c) Irrtum über den Kausalverlauf	483
aa) Einführung	483
bb) Tötung bei mehraktigem Geschehen, wenn der Täter irrtümlich glaubt, den Erfolg bereits durch den ersten Akt erreicht zu haben, während er ihn tatsächlich erst durch den zweiten Akt erreicht (Problemschwer- punkt 26)	486
d) Irrtum über das Handlungsobjekt (error in persona vel obiecto)	489
e) Fehlgehen der Tat (aberratio ictus) (Problemschwerpunkt 27)	491
f) Grenzfälle	494
g) Irrtum über besonders schwere oder minder schwere Fälle	496
h) Irrtum über Tatbestandsalternativen	496
III. Verbotsirrtum (§ 17 StGB)	497

Inhaltsverzeichnis

§ 31	Irrtümer auf Rechtswidrigkeitsebene.	500
I.	Grundlagen	501
II.	Erlaubnistatbestandsirrtum	502
1.	Definition des Erlaubnistatbestandsirrtums	502
2.	Rechtliche Einordnung des Erlaubnistatbestandsirrtums	503
a)	Vorsatz- und Schuldtheorie	503
b)	Rechtliche Behandlung des Erlaubnistatbestandsirrtums (Problemschwerpunkt 28).	503
c)	Liegt eine für die Anstiftung oder Beihilfe erforderliche „vorsätzlich“ begangene Haupttat vor, wenn sich der Täter in einem Erlaubnistatbestandsirrtum befindet? (Problemschwerpunkt 29)	510
III.	Erlaubnisirrtum	512
1.	Definition des Erlaubnisirrtums	512
2.	Rechtliche Behandlung des Erlaubnisirrtums	513
§ 32	Sonstige Irrtümer	513
I.	Rechtliche Behandlung des Doppelirrtums	513
1.	Kombination von Tatbestands- und Verbotsirrtum auf Tatbestandsebene.	514
2.	Kombination von Erlaubnistatbestandsirrtum und Erlaubnis- irrtum auf Rechtswidrigkeitsebene	515
II.	Irrtümer auf Schuldebene	516
1.	Entschuldigungstatbestandsirrtum	517
2.	Entschuldigungsirrtum	517
III.	Irrtümer auf der „Vierten Ebene der Strafbarkeit“.	518
1.	Irrtum über tatsächliche Voraussetzungen eines persönlichen Strafausschließungsgrundes (Problemschwerpunkt 30)	518
2.	Überdehnung eines persönlichen Strafausschließungsgrundes.	520
IV.	Irrtum über die Garantienstellung beim unechten Unterlassungs- delikt.	521
1.	Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen einer Garantienstellung.	521
2.	Irrtum über die Existenz oder die rechtlichen Grenzen einer Garantienstellung.	522
V.	Zusammenfassung und Überblick über die verschiedenen Irrtumsarten.	523
VI.	Schaubild	526
Teil X:	Täterschaft und Teilnahme	527
§ 33	Die Beteiligungslehre – Überblick; Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme.	527
I.	Grundlagen	527
1.	Dualistisches Beteiligungssystem oder Einheitstäterschaft	527
2.	Extensiver oder restriktiver Täterbegriff.	529
3.	Überblick über die verschiedenen Beteiligungsformen	530
a)	Gesetzlich geregelte Täterschaftsformen	530

b) Nebentäterschaft	530
c) Teilnahmeformen	532
d) Schaubild	532
II. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme – Grundsätze	533
1. Grundlagen	533
2. Sonderdelikte	533
3. Eigenhändige Delikte	534
4. Absichtsdelikte etc.	534
5. Allgemeindelikte	535
6. Aufbauhinweis für die Fallbearbeitung	535
III. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme – Theorien (Problemschwerpunkt 31)	535
IV. Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt	540
1. Überblick	540
2. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt (Nichtverhinderung der Begehungstat eines Dritten seitens des Garanten) (Problemschwerpunkt 32)	541
§ 34 Mittäterschaft	544
I. Grundlagen	545
II. Voraussetzungen der Mittäterschaft	547
1. Gemeinsamer Tatplan	547
2. Objektiver Tatbeitrag	548
a) Einführung	548
b) Umfang des objektiven Tatbeitrages bei der Mittäterschaft (Problemschwerpunkt 33)	549
III. Sonderprobleme	551
1. Prüfungsstandort	551
2. Mittäterexzess	552
3. Aufkündigung des gemeinsamen Tatplans	553
4. Zurechnungsprobleme bei der sukzessiven Mittäterschaft	554
5. Mittäterschaftliche Zurechnung, wenn ein Mittäter selbst Tatopfer wird	557
6. Fahrlässige Mittäterschaft	558
7. Mittäterschaft bei erfolgsqualifizierten Delikten	558
8. Unmittelbares Ansetzen beim Mittäter	558
9. Irrtum eines Mittäters	558
§ 35 Mittelbare Täterschaft	559
I. Grundlagen	559
II. Formen der mittelbaren Täterschaft	560
1. Der Tatmittler handelt nicht objektiv tatbestandsmäßig	561
2. Der Tatmittler handelt nicht vorsätzlich	562
3. Dem Tatmittler fehlen sonstige zusätzliche, für die Tatbe- standsverwirklichung notwendige subjektive Merkmale	563
4. Der Tatmittler handelt nicht rechtswidrig	563
5. Der Tatmittler handelt nicht schuldhaft	564

Inhaltsverzeichnis

6. Abgrenzungsfragen	565
III. Fallgruppen des „Täters hinter dem Täter“	565
1. Organisierte Machtapparate	566
2. Der Täter hinter dem Täter bei vermeidbarem Verbotsirrtum des Tatmittlers (Problemschwerpunkt 34)	569
3. Nötigung des Tatmittlers	571
IV. Sonderproblem: Abgrenzung von strafloser Anstiftung zur Selbst- tötung und Totschlag in mittelbarer Täterschaft	572
V. Irrtumsfragen	574
VI. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung beim mittelbaren Täter	576
§ 36 Teilnahme – Überblick.	576
I. Einführung und Strafgrund der Teilnahme	576
1. Extensiver Täterbegriff	577
2. Restriktiver Täterbegriff	577
3. Strafgrund der Teilnahme (Problemschwerpunkt 35)	577
II. Grundsatz der limitierten Akzessorietät	581
§ 37 Anstiftung	584
I. Grundlagen	584
II. Der objektive Tatbestand der Anstiftung	585
1. Vorliegen einer vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat	585
2. Bestimmen des Haupttäters zu dessen Tat	586
a) Anstiftung ohne kommunikative Beeinflussung (Problem- schwerpunkt 36)	588
b) Anstiftung durch Unterlassen	590
c) Anstiftung eines bereits zur Tat Entschlossenen – omni- modo facturus	590
d) Anstiftung zu einer anderen Tat („Umstiftung“)	592
e) Anstiftung zu einer leichteren Tat („Abstiftung“)	593
f) Anstiftung eines zur Tat Entschlossenen zu einer Qualifi- kation („Aufstiftung“) (Problemschwerpunkt 37)	593
g) Anstiftung zum Weiterhandeln	596
III. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	596
1. Vorsatz hinsichtlich der Bestimmtheit der Tat	597
2. Exzess des Haupttäters	597
3. Auswirkung eines error in persona des Haupttäters auf den Anstifter (Problemschwerpunkt 38)	598
IV. Anstiftervorsatz beim agent provocateur (Problemschwer- punkt 39)	602
§ 38 Beihilfe	605
I. Grundlagen	606
II. Der objektive Tatbestand der Beihilfe	607
1. Vorliegen einer vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat	607
2. Objektive Hilfeleistung zu dieser Tat	607

a)	Tathandlung	607
b)	Kausalität der Beihilfe für die Haupttat (Problemschwerpunkt 40)	611
c)	Beihilfe durch neutrale Handlungen (Problemschwerpunkt 41)	614
III.	Subjektiver Tatbestand	617
1.	Vorsatz bzgl. des Vorliegens der vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat.	617
2.	Vorsatz bzgl. des Hilfeleistens zu dieser Tat.	618
IV.	Rechtswidrigkeit und Schuld	619
V.	Sonstiges	619
§ 39	Sonstige Teilnahmeprobleme	619
I.	Kettenteilnahme.	620
1.	Anstiftung zur Anstiftung	620
2.	Anstiftung zur Beihilfe	620
3.	Beihilfe zur Anstiftung	621
4.	Beihilfe zur Beihilfe.	621
II.	Konkurrenzen	621
III.	Lockerungen der Akzessorietät, §§ 28, 29 StGB.	622
1.	Allgemeines	622
2.	Besondere persönliche Merkmale	622
3.	Die Rechtsfolgen des § 28 StGB	625
a)	§ 28 Abs. 1 StGB	625
b)	§ 28 Abs. 2 StGB	626
c)	§ 28 StGB und die Tötungsdelikte	626
IV.	Die versuchte Teilnahme.	628
1.	Grundsatz.	628
2.	Einzelfälle.	629
a)	Versuchte Anstiftung	629
b)	Versuchte Beihilfe.	631
3.	Verbrechensverabredung, § 30 Abs. 2 StGB	631
a)	Sich-Bereit-Erklären, ein Verbrechen zu begehen, § 30 Abs. 2, 1. Alt. StGB	631
b)	Annahme des Erbietens eines anderen, § 30 Abs. 2, 2. Alt. StGB.	632
c)	Verbrechensverabredung, § 30 Abs. 2, 3. Alt. StGB	632
4.	Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31 StGB.	634
V.	Die notwendige Teilnahme	635
1.	Begegnungsdelikte.	636
2.	Sonstige Fälle	637
Teil XI:	Konkurrenzen und Wahlfeststellung	638
§ 40	Konkurrenzen	638
I.	Grundlagen	638

Inhaltsverzeichnis

II.	Die einzelnen Konkurrenzen im Überblick	640
1.	Unechte Konkurrenz: Ein Tatbestand wird ein Mal verwirklicht	640
2.	Scheinbare Konkurrenz: Zwei Tatbestände werden verwirklicht, einer tritt vollständig hinter den anderen zurück	641
3.	Echte Konkurrenz: Zwei Tatbestände werden verwirklicht, beide tauchen im Schuldspruch auf	642
a)	Tateinheit oder Idealkonkurrenz, § 52 StGB	642
b)	Tatmehrheit oder Realkonkurrenz, § 53 StGB	643
III.	Prüfungsschema	645
1.	Unterscheidung: eine Handlung oder mehrere Handlungen.	646
a)	Natürliche Handlung	647
b)	Natürliche Handlungseinheit	648
c)	Tatbestandliche Handlungseinheit	651
d)	Fortsetzungszusammenhang	653
e)	Klammerwirkung	656
aa)	Zusammentreffen eines Dauerdelikts mit einem Zustandsdelikt	656
bb)	Verklammerung mehrerer Einzeldelikte durch ein Dauerdelikt	657
2.	Selbstständigkeit der Delikte oder Zurücktretens eines Delikts	658
a)	Spezialität	659
b)	Subsidiarität	660
aa)	Formelle Subsidiarität	660
bb)	Systematische Subsidiarität	660
c)	Konsumtion	662
d)	Mitbestrafte Vortat	663
e)	Mitbestrafte Nachtat	664
§ 41	Wahlfeststellung und „in dubio pro reo“	665
I.	Grundlagen	665
II.	Grundsatz „in dubio pro reo“	667
III.	Post- und Präpendenzfeststellung	668
1.	Postpendenzfeststellung	669
2.	Präpendenzfeststellung	669
IV.	Normatives Stufenverhältnis	670
1.	Logisches Stufenverhältnis	670
2.	Normatives Stufenverhältnis im engeren Sinne	671
V.	Echte Wahlfeststellung	671
1.	Nichterforschbarkeit des Sachverhalts	673
2.	Ausschließliches Vorliegen strafbarer Tatbestandsalternativen	673
3.	Gleiche Schwere der Straftaten	673
4.	Vergleichbarkeit der Straftaten	674
VI.	Unechte Wahlfeststellung	676

Anhang I: Aufbau- und Prüfungsschemata	677
A. Aufbauschemata	677
I. Vollendetes vorsätzliches Begehungsdelikt	677
II. Versuchtetes vorsätzliches Begehungsdelikt (vgl. Rn. 651).	678
III. Vollendetes vorsätzliches (unechtes) Unterlassungsdelikt (vgl. Rn. 881)	678
IV. Versuchtetes vorsätzliches Unterlassungsdelikt.	679
V. (Vollendetes) fahrlässiges Begehungsdelikt (vgl. Rn. 1026).	679
VI. (Vollendetes) fahrlässiges Unterlassungsdelikt	679
B. Prüfungsschemata	680
I. Notwehr, § 32 StGB (vgl. Rn. 340).	680
II. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB (vgl. Rn. 404).	680
III. Einverständnis (im Rahmen des objektiven Tatbestandes; vgl. Rn. 444 ff.)	681
IV. Einwilligung (vgl. Rn. 453 ff.)	681
V. Mutmaßliche Einwilligung (vgl. Rn. 475 ff.)	681
VI. Defensivnotstand, § 228 BGB (vgl. Rn. 483 ff.)	681
VII. Aggressivnotstand, § 904 BGB (vgl. Rn. 490 ff.)	682
VIII. Selbsthilferecht, § 229 BGB (vgl. Rn. 495 f.)	682
IX. Festnahmerecht, § 127 Abs. 1 Satz 1 StPO (vgl. Rn. 500 ff.)	682
X. Entschuldiger Notstand, § 35 StGB (vgl. Rn. 564 ff.)	683
XI. Anstiftung (vgl. Rn. 1283).	683
XII. Beihilfe (vgl. Rn. 1317)	683
Anhang II: Problemschwerpunkte	684
1. Kausalitätstheorien (vgl. Rn. 221 ff.)	684
2. Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit (vgl. Rn. 298 ff.)	684
3. Verbietet Art. 2 EMRK die Tötung von Menschen zum Schutz von Sachwerten? (vgl. Rn. 365 ff.)	684
4. Absichtsprovokation (vgl. Rn. 373 ff.)	685
5. Erforderlichkeit und Reichweite des subjektiven Rechtfertigungs- merkmals (vgl. Rn. 386 ff.)	685
6. Geltung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe, insbesondere § 32 StGB, auch für sich im Dienst befindende Hoheitsträger (vgl. Rn. 395 ff.)	685
7. Einwilligung durch Minderjährige (vgl. Rn. 465 ff.)	685
8. Täuschungsbedingte Einwilligung (vgl. Rn. 468 ff.)	686
9. Reicht ein dringender Tatverdacht für § 127 Abs. 1 StPO aus oder muss die Tat tatsächlich begangen worden sein? (vgl. Rn. 505 ff.)	686
10. Anwendbarkeit des § 33 StGB beim extensiven Notwehrexzess (vgl. Rn. 584 ff.)	686
11. Geltungsumfang und Begründung der actio libera in causa (vgl. Rn. 601 ff.)	686